29.01.90

Antrag

der Abgeordneten Dr. Ehmke (Bonn), Fuchs (Verl), Horn, Erler, Gerster (Worms), Jungmann (Wittmoldt), Dr. Klejdzinski, Kolbow, Leidinger, Dr. Nöbel, Opel, Steiner, Weiler, Zumkley, Dr. Götte, Koschnick, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Änderung des Übungskonzeptes der Bundeswehr und des Bündnisses und Absage der Stabsrahmenübung WINTEX/CIMEX 1991

Der Bundestag wolle beschließen:

- Die Bundesregierung wird auch unter Berücksichtigung entsprechender Bedenken in den Ländern – beauftragt, im Bündnis darauf hinzuwirken, daß die Stabsrahmenübung WINTEX/ CIMEX 1991 ausgesetzt wird.
- 2. Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, das Übungskonzept für die Bundeswehr den neuen sicherheitspolitischen Realitäten anzupassen und im Bündnis in demselben Sinn tätig zu werden.

Bonn, den 24. Januar 1990

Dr. Ehmke (Bonn)

Fuchs (Verl)

Horn

Steiner

Erler

Gerster (Worms)

Jungmann (Wittmoldt)

Dr. Klejdzinski

Dr. Klejdzinski

Kolbow Dr. Vogel und Fraktion

Leidinger

Begründung

- 1. Das Szenario für WINTEX/CIMEX 1991 wurde festgelegt, bevor sich Freiheit und Demokratie in den Staaten des Warschauer Vertrags durchzusetzen begannen. Im Zuge dieses Umbruchs hat sich innerhalb weniger Monate auch die militärische Bedrohungssituation grundlegend verändert. Die Übung WINTEX/CIMEX im Jahr 1991 auf der Grundlage eines überholten militärischen Konzepts durchzuführen, wäre anachronistisch und realitätsfern.
- 2. Erforderlich ist ein neues Übungskonzept der Bundeswehr und der NATO, das der sicherheitspolitischen Realität entsprechend Krisenbeherrschung und Deeskalation Vorrang einräumt. Dabei müssen die in Aussicht stehenden Streitkräftereduzierungen aufgrund der VKSE und die unabweisbare Beseitigung des nuklearen Kurzstreckenpotentials in Europa sowie der Abzug der chemischen Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland in Rechnung gestellt werden. Im Rahmen von WINTEX dürfen chemische und nukleare Waffeneinsätze durch die NATO nicht mehr geübt werden. Ebenfalls zu berücksichtigen ist, daß im Zuge des Abbaus der militärischen Konfrontation die Möglichkeiten des Krisenmanagements mit politischen Mitteln zunehmen. Dies macht künftig auch eine frühzeitige und umfassende Einbeziehung des Deutschen Bundestages und seiner Ausschüsse erforderlich.